



Eidg. Departement des Innern EDI  
Herrn Bundesrat P. Couchepin  
Vorsteher EDI  
Bundeshaus  
3003 Bern

8762 Schwändi, 12.10.2007

Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen  
Vernehmlassungsverfahren

VERNEHMLASSUNG DES SCHWEIZERISCHEN VERBANDES FÜR SENIORENFRAGEN SVS  
VOM 12. OKTOBER 2007

---

Sehr geehrter Herr Bundesrat Couchepin,  
sehr geehrte Damen und Herren,

Wir danken Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung zu obiger Vorlage. Der SVS lässt sich wie folgt vernehmen:

#### 1. Ausgangslage

37 von 79 öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen weisen eine Unterdeckung auf. Die Tatsache, dass fast die Hälfte aller in öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen versicherten Aktiven und mehr als 2/5 der Rentner in unterdeckten Kassen sind, rechtfertigt die vorgeschlagenen gesetzlichen Massnahmen.

#### 2. Finanzierungsmodell

Die Experten haben andere Finanzierungsmodelle und -systeme vorgeschlagen. Es kann ein Zieldeckungsgrad von z.B. 80 % fixiert und dann eingehalten werden, oder es wird ein differenzierter Zieldeckungsgrad festgelegt, z.B. 100 % Deckung für Rentner, 50 % für FZ-Leistungen, 100 % für Altersguthaben, der nicht mehr unterschritten werden kann.

Entgegen den Vorschlägen der Expertengruppe schlägt der Bundesrat nun vor, die öffentlich-rechtlichen Pensionskassen innert 30 Jahren vollständig auszufinanzieren. Ohne Berücksichtigung der Wertschwankungs-Reserven kostet dies für das öffentliche Gemeinwesen 28 Mia. Franken.

Der SVS unterstützt das Finanzierungsmodell des Bundesrates. Auch wenn die Kosten unter Einbezug der Wertschwankungsreserven um zusätzliche 14 Mia. zu erhöhen sind, macht die rasche Sanierung trotzdem Sinn. Die Ausfinanzierung über 40 oder 50 Jahre fällt verglichen mit der vorgeschlagenen 30-jährigen Amortisation relativ geringfügig günstiger aus.

### 3. Massnahmen zur Wiederherstellung des Gleichgewichtes

Der SVS legt Wert darauf, dass alle Massnahmen wie Beitragsanpassungen, Einschränkung der Teuerungsanpassungen, Abbau des Leistungsniveaus, Verbesserung der Anlagestrategie und zeitlich befristete Sanierungsbeiträge zur Gesundung der Kassen eingesetzt werden müssen.

### 4. Institutionelle Anpassungen

Der SVS befürwortet, dass die öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen rechtlich, organisatorisch und finanziell aus der Verwaltungsstruktur herausgelöst und verselbständigt werden. Damit erhält das oberste Organ die notwendige Autonomie, wie in den privaten Kassen.

### 5. Zusammenfassung

Der Schweizerische Verband für Seniorenfragen SVS unterstützt die Zielvorgabe des Bundesrates, die öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen innert 30 Jahren vollständig auszufinanzieren. Diese Stossrichtung trägt der demographischen Entwicklung Rechnung. Wir sind mit den vom Bundesrat vorgeschlagenen gesetzlichen Massnahmen einverstanden.

Mit freundlichen Grüssen

Schweizerischer Verband für Seniorenfragen SVS



Kaspar Zimmermann  
Präsident



Beat Federspiel  
Geschäftsführer



<http://www.bsv.admin.ch/dokumentation/zahlen/01662/01664/index.html?lang=de>

## Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen Vernehmlassungsverfahren

### Fragenkatalog des Bundesrates zur Vernehmlassungsvorlage

#### 1. Finanzierungsmodell des differenzierten Zieldeckungsgrades

1.1 Unterstützen Sie den Ansatz, die Rahmenbedingungen für öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen denjenigen für privatrechtliche anzugleichen?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

1.2 Unterstützen Sie den Ansatz, dass nur öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen mit einem Gesamtdeckungsgrad unter 100% bei Inkrafttreten der geplanten Neuregelung im System der Teilkapitalisierung geführt werden können und öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen mit einem Gesamtdeckungsgrad über 100% zwingend im System der Vollkapitalisierung weiter geführt werden müssen (vgl. Absatz 4 i.V.m. Art. 72a Abs. 1 BVG)?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

1.3 Unterstützen Sie das vorgeschlagene Finanzierungsmodell eines differenzierten Zieldeckungsgrades, wonach für öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen im Teilkapitalisierungsverfahren gilt, dass die Rentnerkapitalien jederzeit zu 100% gedeckt und die bei Inkrafttreten der Neuregelung festgelegten Deckungsgrade bzgl. der Verpflichtungen gegenüber den aktiven Versicherten ( $ADG_{aktive}$ ) bzw. gegenüber allen Versicherten ( $ADG_{gesamt}$ ) nicht mehr unterschritten werden dürfen, ohne dass Sanierungsmassnahmen eingeleitet werden?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:



1.4 Stimmen Sie den vorgeschlagenen Voraussetzungen für eine Teilkapitalisierung gemäss Artikel 72a Absatz 1 BVG zu (Staatsgarantie sowie Finanzierungsplan zur langfristigen Sicherung des finanziellen Gleichgewichts [i.S. der Erhaltung der verschiedenen Deckungsgrade])?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

1.5 **Staatsgarantie:** Stimmen Sie den vorgeschlagenen Rahmenbedingungen bezüglich der Realisierungstatbestände und des Umfangs der Staatsgarantie zu?

- Realisierungstatbestände (Leistungspflicht des Gemeinwesens bei):
  - Fällige ungedeckte Alters-/Risiko-/Austrittsleistungen;
  - Unterdeckung als Folge einer Teilliquidation beim austretenden Versichertenkollektiv;
  - Unterdeckung als Folge einer Teilliquidation beim verbleibenden Versichertenkollektiv (Unterschreitung des  $DG_{gesamt}$ );
  - Verzinsbare Verpflichtung ab dem Zeitpunkt der Realisierung;
- Umfang der Garantie:
  - umfasst gesetzliche und weitergehende Vorsorge;
  - umfasst alle (öff. und private) Arbeitgeber;
  - umfasst bei Inkrafttreten der Neuregelung bestehende Fehlbeträge;
  - durch Ausgangsdeckungsgrade abgrenzbar gegenüber künftigen Sanierungstatbeständen;

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

1.6 **Teilliquidation:** Sind Sie mit dem vorgeschlagenen Konzept der Teilliquidation einverstanden, wonach vom Grundsatz der vollen Ausfinanzierung der austretenden Versichertenkollektive in folgenden zwei Fällen abgewichen werden darf:

- Abgebende und aufnehmende öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtung vereinbaren, dass das übertretende Versichertenkollektiv nur bis zum Deckungsgrad der aufnehmenden öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtung ausfinanziert sein muss;
- echte versicherungstechnische Fehlbeträge, die nicht durch eine Garantie des Gemeinwesens gedeckt sind, dürfen künftig wie bei privatrechtlichen Vorsorgeeinrichtungen mitgegeben werden.

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

**2. Volle Ausfinanzierung**

2.1 Sind Sie mit der grundsätzlichen Zielsetzung, dass öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen innert längstens 30 Jahren ausfinanziert sein sollen, einverstanden?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

2.2 Unterstützen Sie die Verpflichtung des Bundesrates, dem Parlament alle 10 Jahre Bericht über die finanzielle Lage der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen zu erstatten, damit im Hinblick auf den für eine volle Ausfinanzierung benötigten Zeithorizont allenfalls notwendige Korrekturen vorgenommen werden können?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

**3. Institutionelles**

3.1 Unterstützen Sie die vorgeschlagene rechtliche, finanzielle und administrative Verselbstständigung und Ausgliederung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen und der zuständigen Aufsichtsbehörden aus der öffentlichen Verwaltung?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

3.2 Unterstützen Sie die vorgeschlagene Kompetenzausscheidung zwischen Gemeinwesen und oberstem Organ i.S. der für privatrechtliche Vorsorgeeinrichtungen geltenden Regeln?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

3.3 Unterstützen Sie den Ansatz, dass öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen weiterhin gegenüber dem Sicherheitsfonds beitragspflichtig sind?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## **Ergänzende Fragestellungen der SGK-N**

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Kommission für soziale Sicherheit  
und Gesundheit  
CH-3003 Bern

[www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)  
[sgk.csss@pd.admin.ch](mailto:sgk.csss@pd.admin.ch)

4. Juli 2007

### **Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen**

#### **Ergänzende Fragen der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Vernehmlassung**

##### *Ergänzungen zur Frage 2 (volle Ausfinanzierung) gemäss Fragenkatalog des Bundesrates*

Angesichts der zum Teil sehr hohen Kosten, die eine volle Ausfinanzierung innert 30 Jahren für Kassen mit grosser Unterdeckung zur Folge hätte – die Fehlbeträge der 25 Kassen mit einer Deckung unter 90% belaufen sich auf über 15 Mrd. Fr. -, stellt sich die Frage, ob nicht einem anderen Finanzierungsmodell der Vorzug gegeben werden sollte. Die vom Bundesrat eingesetzte Expertenkommission hatte in diesem Sinne weitere Modelle geprüft und eines davon auch empfohlen (<http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/7812.pdf>).

#### **Hauptvariante der SGK-NR und der Expertenkommission: Modell „Mischfinanzierung und differenzierter Zieldeckungsgrad“**

*A. Könnten Sie in diesem Zusammenhang als Alternative zur vollen Ausfinanzierung innert 30 Jahren einem unbefristeten Finanzierungsmodell der Teilkapitalisierung „Mischfinanzierung und differenzierter Zieldeckungsgrad“ zustimmen (vgl. im Bericht 5.2.4 Übersicht über die Finanzierungssysteme), also im Unterschied zur Vorlage des Bundesrates auf eine Befristung der Zulässigkeit des Modells verzichten?*

Im Unterschied zum Modell des Bundesrates sollen Vorsorgeeinrichtungen, deren Kapitaldeckung unter 100% liegt, unbefristet im System der Teilkapitalisierung weitergeführt werden können. Es gilt dabei die allgemeine Regel, dass ein einmal erreichter Deckungsgrad nicht mehr unterschritten werden darf, das heisst, dass im Falle einer Unterschreitung automatisch Sanierungsmassnahmen ergriffen werden müssen. Das Ziel der Vollkapitalisierung und damit eine Angleichung an die privatrechtlichen VE soll weiterhin gefördert werden. Eine Frist bis zur vollen Kapitaldeckung wird aber nicht vorgeschrieben.

Es wird davon ausgegangen, dass VE mit einem Kapitaldeckungsgrad von über 90% (12 von 37 Kassen in Unterdeckung) sich in der Regel für das Ziel einer Vollkapitalisierung entscheiden. Für alle Kassen, die sich für die Vollkapitalisierung entscheiden (darunter können natürlich auch Kassen mit einem Deckungsgrad unter 90% sein) muss die Dauer einer Übergangsphase bestimmt werden. Den Aufsichtsbehörden wird ein Plan mit den entsprechenden Massnahmen (Finanzierung, Verteilung der zusätzlichen finanziellen Lasten usw.) unterbreitet.

Für alle anderen Fälle, die im System der Teilkapitalisierung und damit der Mischfinanzierung weiter geführt werden sollen, muss ein differenzierter Zieldeckungsgrad festgelegt werden. Auch in diesem Fall muss der Aufsichtsbehörde ein detaillierter Finanzierungsplan (inkl. der verbindlichen Regelung der öffentlich-rechtlichen Garantien für die Unterdeckung) vorgelegt werden. Wenn die entsprechenden Bestimmungen in Kraft treten, bestimmt jede öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtung den Gesamtdeckungsgrad sowie den Deckungsgrad der zu diesem Zeitpunkt feststehenden erwerbstätigen Versicherten, wobei zuerst die Rentenverpflichtungen zu 100% gedeckt sein müssen. Letzteres birgt den Vorteil, dass bei einer demografischen Alterung die Rentenverpflichtungen immer gedeckt sind. Beide Ausgangsdeckungsgrade dürfen in der Folge nicht mehr unterschritten werden.

Vorteile: Dieses Modell führt zu einer finanziellen Stabilisierung einerseits und erhöht den Anreiz hin zu einer vollen Ausfinanzierung andererseits. Gleichzeitig wird der unterschiedlichen Ausgangslage bei den öffentlich-rechtlichen VE wie auch der unterschiedlichen finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand Rechnung getragen.

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

Untervariante:

*A.1 Sind Sie der Meinung, dass für öffentlich-rechtliche VE mit einer besonders hohen Unterdeckung Sonderregelungen getroffen werden sollten?*

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

Untervariante:

*A.2 Sollen bei VE mit Teilkapitalisierung Überschüsse – speziell in sehr ertragsreichen Jahren – nach der Speisung der notwendigen Rückstellungen (Schwankungsreserven u.a.) zwingend dem Deckungskapital zugewiesen werden, dies verbunden mit einer entsprechenden Erhöhung des Zieldeckungsgrades?*

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:



*B. Haben Sie im Zusammenhang mit den Gesetzgebungsvorschlägen des Bundesrates weitere Bemerkungen?*

ja

nein

keine Antwort

*Bemerkungen:*



**Fragen zur internetbasierten Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens**

*Sie haben sich gegen die Beantwortung der gestellten Fragen auf der zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten Webseite des BSV entschieden. Um Ihre diesbezüglichen Entscheidungsgründe besser verstehen zu können, bitten wir Sie, uns auch die nachfolgenden Fragen zu beantworten.*

**1. Sind Sie aus grundsätzlichen Überlegungen gegen die in diesem Fall gewählte Form der Vernehmlassung?**

ja

nein

**2. Sofern Sie keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine internetbasierte Beantwortung von Vernehmlassungsfragen haben - welche Anforderungen müssten erfüllt sein, damit Sie diese Form der Durchführung einer Vernehmlassung unterstützen würden?**

Anregungen:



\*\*\*\*\*

**Absender:**

➤ Sie haben an der Vernehmlassung teilgenommen:

- in Ihrer Eigenschaft als Vernehmlassungsadressat gemäss offizieller Adressatenliste (<http://www.admin.ch/ch/i/gg/pc/pendent.html>)  in Ihrer Eigenschaft als Privatperson oder Organisation, die nicht auf der offiziellen Adressatenliste geführt ist (spontane Teilnahme)

➤ Falls Sie Vernehmlassungsadressat gemäss offizieller Adressatenliste sind, zu welcher Kategorie gehört die von Ihnen vertretene Organisation:

- Kanton  
 Partei  
 gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete  
 gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft  
 Behörden und Verwandte Institutionen  
 Versicherte/Leistungsbezüger/Selbstständigerwerbende  
 Vorsorge- und Versicherungseinrichtungen, Durchführungsstellen  
 weitere Organisationen

**Name (Organisation/Behörde/Privatperson):**

**Adresse:** Schweizerischer Verband für Seniorenfragen SVS, Sekretariat/Geschäftsstelle  
Mischelstrasse 17, Postfach 46, 4153 Reinach BL 2

**Für allfällige Rückfragen:**

**Tel.:** 061 713 0422

**E-Mail:** sekretariat@seniorenfragen.ch

**Besten Dank!**



- ◇ Vereinigung aktiver Senioren- und Selbsthilfe-Organisationen der Schweiz
- ◇ Fédération des Associations des retraités et de l'entraide en Suisse
- ◇ Federazione associazioni dei pensionati e d'autoaiuto in Svizzera

GS - EDI
11. OKT. 2007
Nr.

Monsieur le Conseiller fédéral  
Pascal COUCHEPIN

p.a. Office fédéral des assurances sociales  
domaine Prévoyance vieillesse et invalidité  
Effingerstrasse 20  
3003 Berne

Lausanne, le 10 octobre 2007

## RÉPONSE À LA CONSULTATION SUR LA MODIFICATION DE LA LPP CONCERNANT LE „FINANCEMENT DES INSTITUTIONS DE PREVOYANCE DE DROIT PUBLIC“

Monsieur le Conseiller fédéral,  
Permettez-nous tout d'abord de vous remercier d'avoir consulté la FARES au sujet de cet important projet de modification de la Loi sur la Prévoyance professionnelle. Il a retenu toute notre attention. Nous vous livrons ci-dessous un résumé de notre analyse et de notre prise de position, car, pour des raisons évidentes de cohérence avec celles-ci, il ne nous était pas possible de répondre au questionnaire au-delà de sa première question.

### 1. Prise de position globale

La FARES a longuement examiné la question fondamentale qui conditionne tout le projet présenté et qui figure tout au début du questionnaire :

„ Soutenez-vous le **principe** consistant à aligner les conditions-cadre des institutions de prévoyance de droit public ( ci-après IPDP ) sur celles des institutions de droit privé ?“

**La FARES répond NON à cette question primordiale du projet. En conséquence, elle est opposée au projet présenté.**

### Arguments

Le projet est motivé par l'application d'un „principe“. Le projet renonce en grande partie à justifier ce principe par un examen comparatif explicite de l'adéquation au fonctionnement des IPDP de la capitalisation partielle et de la capitalisation complète, et ne fonde ainsi pas la nécessité de

l'alignement des IPDP sur les IP de droit privé. Pour le projet, cette adéquation et cette nécessité de la capitalisation complète pour les IPDP découlent d'un „ principe „ auquel il donne pratiquement un caractère d'évidence „naturelle“ . Cela court-circuite une vraie analyse de la question et nuit à la qualité du projet.

Certains nouveaux articles proposés ( art. 72a / al.3 et 72b / al.1 / lettres b et c , par exemple ) sont révélateurs d'objectifs visés par le projet : ne plus tenir compte dans les IPDP de droit public de la pérennité des effectifs, mais plutôt des externalisations et des liquidations partielles de secteurs des services publics. Le projet peut donc s'inscrire, avec l'alignement envisagé, comme un atout facilitant une certaine acceptation, voire une volonté, de réduction des services publics.

Or nous pensons que les IPDP en financement mixte par une capitalisation partielle ont encore leur raison d'être. Nous tenons à la pérennité des effectifs de leurs assurés. Parce que nous voulons en effet le maintien et le perfectionnement de larges services publics de qualité; la qualité de vie, des personnes âgées en particulier, en dépend. Cela implique la pérennité des services publics et des assurés de leurs caisses de pension du 2ème pilier. Dès lors, le financement mixte en capitalisation partielle, avec bilan en caisse ouverte, reste celui qui est le plus adéquat aux IPDP. Cela contredit les affirmations „princiennes“ sans justifications explicites, faites en faveur de l'alignement, dit „ nécessaire“, des IPDP en capitalisation partielle sur les IP de droit privé en capitalisation complète.

Il faut encore répondre à deux objections souvent faites aux partisans du non-alignement des IPDP sur les IP de droit privé :

- comme cela a été démontré, l'augmentation du rapport entre le nombre des retraités et celui des actifs, dû à l'augmentation de la longévité, est un problème qui n'est pas plus facile à gérer dans un système de capitalisation complète que dans un système de répartition ;
- contrairement à ce que certaines informations tendent à laisser croire, seules quelques institutions de prévoyance de droit public ont eu des problèmes, et la plupart des caisses publiques suisses sont bien gérées, comme le dit un des membres de la Commission d'experts mandatée par le Conseil fédéral pour préparer cette révision de la LPP.

Finalement, le projet entraîne certainement des coûts extrêmement élevés pour les rentiers, pour les actifs et pour les collectivités publiques, au point d'être insupportables, et de provoquer de manière plus ou moins brusque dans les 30 ans à venir un véritable „ choc de la recapitalisation“ dont nous pensons qu'il n'est pas adéquat à la situation des IPDP suisses. Par contre, le rejet de ce projet devrait être l'occasion de préciser un peu le cadre des conditions de fonctionnement des IPDP, mais sans faire subir à ces dernières les traitements inadéquats et disproportionnés voulus par le projet. A ce propos, on peut, en triant soigneusement, récupérer quelques idées figurant dans le projet.

## Conséquences

Ce refus global du projet implique le refus par la FARES de plusieurs des nouveaux articles. Par exemple :

- nouvel art. 65, al. 2 et 2a ( exigence du bilan en caisse fermée et du système de capitalisation totale pour **toutes** les institutions de prévoyance ) ; cet article ne devrait plus figurer dans les „Dispositions communes“ de toutes les IP, mais seulement dans des „ Dispositions pour les IP de droit privé „;

- nouvel art. 72a, al. 1 ( précisions sur le système de capitalisation partielle ) ; cet article doit être complètement remanié en y supprimant notamment l'exigence d'un plan de financement permettant le passage d'une IPDP de la capitalisation partielle à la capitalisation complète.

## 2. De quelques conditions-cadres acceptables pour les IPDP

Bien que refusant globalement le projet, la FARES estime que certains points particuliers de celui-ci peuvent être compatibles avec sa vision ne comportant pas un alignement impératif dans un délai fixé des IPDP sur les IP de droit privé. Il s'agit de conditions-cadres à imposer aux IPDP en capitalisation partielle qui clarifieraient mieux ce que l'on est en droit d'attendre d'elles. Le projet les conçoit pour la période restreinte d'alignement de celles-ci sur la capitalisation complète. La FARES les retient pour toutes les IPDP en capitalisation partielle, à quelque moment que ce soit puisqu'elle admet ce système de manière illimitée.

Le nouvel **art. 72 a** „**Système de la capitalisation partielle**“ devrait stipuler que les IPDP **peuvent** fonctionner selon les principes du **bilan en caisse ouverte** et de **capitalisation partielle**, aux conditions suivantes :

- (a) être garanties par l'Etat conformément à l'art.72 b, lettre a ;
- (b) avoir un financement tel que ( art. 72 a, al. 1, lettres a et b ) :
  - les engagements envers les ayants droit aux rentes seront entièrement couverts ;
  - les degrés de couverture de départ seront maintenus à long terme pour les engagements envers les assurés et pour la totalité des engagements de prévoyance.
- (c) les IPDP peuvent prévoir une réserve de pérennité ( art. 72 a , al.2 ) ;
- (d) les IPDP font vérifier périodiquement par un expert reconnu en matière de prévoyance si leur équilibre financier est garanti à long terme ( art. 72 c )
- (e) les IPDP doivent prendre des mesures si l'un ou plusieurs des degrés de couverture de départ (selon l'art. 72 a , al.1, lettre b) tombent à un degré inférieur ( art.72 d ) ;
- (f) Le Conseil fédéral fournit tous les 5 ans un rapport au Parlement sur la situation financière des IPDP ( art. 72 f )

Certaines dispositions devraient être abandonnées pour les IPDP . Par exemple :

- art. 72 a , al.1 ( plan de financement):
- art. 72 a , al. 3 ( possibilité pour l'IPDP, en cas de liquidation partielle, de ne pas donner aux assurés une part de la réserve de pérennité ):
- art. 72 b , al. 1, lettres b et c ( la garantie de la corporation de droit public est une promesse de couverture de certaines prestations de sortie et de découverts techniques en cas de liquidation partielle)
- art. 72 e , al. 1 ( obligation pour les IPDP de rester en capitalisation complète si elles atteignent ce niveau );
- „ Entrée en vigueur „, 3ème point ( délai de 30 ans pour l'alignement ).

### 3. Variante principale de la CSSS-N et de la Commission d'experts

Cette variante n'exige pas des IPDP leur alignement sur les IP de droit privé **dans un délai fixé**. Mais elle exige encore que cet alignement ait lieu afin d'obtenir d'elles une recapitalisation complète. En ce sens cette variante ne correspond pas aux vues que nous avons exprimées ci-dessus au point 1. **La FARES est donc opposée à cette variante.**

En vous remerciant de l'attention que vous voudrez bien porter à notre réponse, nous vous prions, Monsieur le Conseiller fédéral, d'agréer l'expression de notre parfaite considération.

Au nom de la FARES  
Groupe de travail Politique sociale et santé



Gérard Heimberg  
président

Angeline FANKHAUSER, co-présidente, In den Lettenreben 15, 4014 Oberwil,  
061 / 402'15'33 , [a.fankhauser@intergga.ch](mailto:a.fankhauser@intergga.ch)

Christiane JAQUET-BERGER, Avenue Béthusy 60, 1012 Lausanne, 079/449'46'61, [jaquet.christiane@citycable.ch](mailto:jaquet.christiane@citycable.ch)

Gérard HEIMBERG, président du groupe de travail *Politique sociale et santé*, En Roveray, 1170 Aubonne, 021 / 807'36'36,  
[gheimberg@bluewin.ch](mailto:gheimberg@bluewin.ch)



\*\*\*\*\*

**Absender:**

➤ Sie haben an der Vernehmlassung teilgenommen:

- in Ihrer Eigenschaft als Vernehmlassungsadressat gemäss offizieller Adressatenliste (<http://www.admin.ch/ch/i/gg/pc/pendent.html>)  in Ihrer Eigenschaft als Privatperson oder Organisation, die nicht auf der offiziellen Adressatenliste geführt ist (spontane Teilnahme)

➤ Falls Sie Vernehmlassungsadressat gemäss offizieller Adressatenliste sind, zu welcher Kategorie gehört die von Ihnen vertretene Organisation:

- Kanton  
 Partei  
 gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete  
 gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft  
 Behörden und Verwandte Institutionen  
 Versicherte/Leistungsbezüger/Selbstständigerwerbende  
 Vorsorge- und Versicherungseinrichtungen, Durchführungsstellen  
 weitere Organisationen

**Name** (Organisation/Behörde/Privatperson):

**Adresse:**

Für allfällige Rückfragen:

**Tel.:**

**E-Mail:**

Procap (Schw. Invalidenverband)  
Froburgstr. 4  
Postfach  
4601 Olten

gabriela.grob@procap.ch

**Besten Dank!**





## Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen Vernehmlassungsverfahren

### Fragenkatalog des Bundesrates zur Vernehmlassungsvorlage

#### 1. Finanzierungsmodell des differenzierten Zieldeckungsgrades

1.1 Unterstützen Sie den Ansatz, die Rahmenbedingungen für öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen denjenigen für privatrechtliche anzugleichen?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

Risiken und Unsicherheiten werden so bereinigt.

1.2 Unterstützen Sie den Ansatz, dass nur öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen mit einem Gesamtdeckungsgrad unter 100% bei Inkrafttreten der geplanten Neuregelung im System der Teilkapitalisierung geführt werden können und öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen mit einem Gesamtdeckungsgrad über 100% zwingend im System der Vollkapitalisierung weiter geführt werden müssen (vgl. Absatz 4 i.V.m. Art. 72a Abs. 1 BVG)?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

1.3 Unterstützen Sie das vorgeschlagene Finanzierungsmodell eines differenzierten Zieldeckungsgrades, wonach für öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen im Teilkapitalisierungsverfahren gilt, dass die Rentnerkapitalien jederzeit zu 100% gedeckt und die bei Inkrafttreten der Neuregelung festgelegten Deckungsgrade bzgl. der Verpflichtungen gegenüber den aktiven Versicherten (ADG<sub>aktive</sub>) bzw. gegenüber allen Versicherten (ADG<sub>Gesamt</sub>) nicht mehr unterschritten werden dürfen, ohne dass Sanierungsmassnahmen eingeleitet werden?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

1.4 Stimmen Sie den vorgeschlagenen Voraussetzungen für eine Teilkapitalisierung gemäss Artikel 72a Absatz 1 BVG zu (Staatsgarantie sowie Finanzierungsplan zur langfristigen Sicherung des finanziellen Gleichgewichts [i.S. der Erhaltung der verschiedenen Deckungsgrade])?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

1.5 **Staatsgarantie:** Stimmen Sie den vorgeschlagenen Rahmenbedingungen bezüglich der Realisierungstatbestände und des Umfangs der Staatsgarantie zu?

- Realisierungstatbestände (Leistungspflicht des Gemeinwesens bei):
  - Fällige ungedeckte Alters-/Risiko-/Austrittsleistungen;
  - Unterdeckung als Folge einer Teilliquidation beim austretenden Versichertenkollektiv;
  - Unterdeckung als Folge einer Teilliquidation beim verbleibenden Versichertenkollektiv (Unterschreitung des  $DG_{gesamt}$ );
  - Verzinsbare Verpflichtung ab dem Zeitpunkt der Realisierung;
- Umfang der Garantie:
  - umfasst gesetzliche und weitergehende Vorsorge;
  - umfasst alle (öff. und private) Arbeitgeber;
  - umfasst bei Inkrafttreten der Neuregelung bestehende Fehlbeträge;
  - durch Ausgangsdeckungsgrade abgrenzbar gegenüber künftigen Sanierungstatbeständen;

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

1.6 **Teilliquidation:** Sind Sie mit dem vorgeschlagenen Konzept der Teilliquidation einverstanden, wonach vom Grundsatz der vollen Ausfinanzierung der austretenden Versichertenkollektive in folgenden zwei Fällen abgewichen werden darf:

- Abgebende und aufnehmende öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtung vereinbaren, dass das übertretende Versichertenkollektiv nur bis zum Deckungsgrad der aufnehmenden öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtung ausfinanziert sein muss;
- echte versicherungstechnische Fehlbeträge, die nicht durch eine Garantie des Gemeinwesens gedeckt sind, dürfen künftig wie bei privatrechtlichen Vorsorgeeinrichtungen mitgegeben werden.

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

**2. Volle Ausfinanzierung**

2.1 Sind Sie mit der grundsätzlichen Zielsetzung, dass öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen innert längstens 30 Jahren ausfinanziert sein sollen, einverstanden?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

2.2 Unterstützen Sie die Verpflichtung des Bundesrates, dem Parlament alle 10 Jahre Bericht über die finanzielle Lage der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen zu erstatten, damit im Hinblick auf den für eine volle Ausfinanzierung benötigten Zeithorizont allenfalls notwendige Korrekturen vorgenommen werden können?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

*Kürzere Kontrollperiode wäre wünschenswert.*

**3. Institutionelles**

3.1 Unterstützen Sie die vorgeschlagene rechtliche, finanzielle und administrative Verselbstständigung und Ausgliederung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen und der zuständigen Aufsichtsbehörden aus der öffentlichen Verwaltung?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

3.2 Unterstützen Sie die vorgeschlagene Kompetenzausscheidung zwischen Gemeinwesen und oberstem Organ i.S. der für privatrechtliche Vorsorgeeinrichtungen geltenden Regeln?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

3.3 Unterstützen Sie den Ansatz, dass öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtungen weiterhin gegenüber dem Sicherheitsfonds beitragspflichtig sind?

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

--



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

## Ergänzende Fragestellungen der SGK-N

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Kommission für soziale Sicherheit  
und Gesundheit  
CH-3003 Bern

[www.parlament.ch](http://www.parlament.ch)  
[sgk.csss@pd.admin.ch](mailto:sgk.csss@pd.admin.ch)

14. Juni 2007

### Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen

#### Ergänzende Fragen der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-NR) an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Vernehmlassung

##### *Ergänzungen zur Frage 2 (volle Ausfinanzierung) gemäss Fragenkatalog des Bundesrates*

Angesichts der zum Teil sehr hohen Kosten, die eine volle Ausfinanzierung innert 30 Jahren für Kassen mit grosser Unterdeckung zur Folge hätte – die Fehlbeträge der 25 Kassen mit einer Deckung unter 90% belaufen sich auf über 15 Mrd. Fr. –, stellt sich die Frage, ob nicht einem anderen Finanzierungsmodell der Vorzug gegeben werden sollte. Die vom Bundesrat eingesetzte Expertenkommission hatte in diesem Sinne weitere Modelle geprüft und eines davon auch empfohlen (<http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/7812.pdf>).

#### **Hauptvariante der SGK-NR und der Expertenkommission: Modell „Mischfinanzierung und differenzierter Zieldeckungsgrad“**

A. Könnten Sie in diesem Zusammenhang als Alternative zur vollen Ausfinanzierung innert 30 Jahren einem unbefristeten Finanzierungsmodell der Teilkapitalisierung „Mischfinanzierung und differenzierter Zieldeckungsgrad“ zustimmen (vgl. im Bericht 5.2.4 Übersicht über die Finanzierungssysteme), also im Unterschied zur Vorlage des Bundesrates auf eine Befristung der Zulässigkeit des Modells verzichten?

Im Unterschied zum Modell des Bundesrates sollen Vorsorgeeinrichtungen, deren Kapitaldeckung unter 100% liegt, unbefristet im System der Teilkapitalisierung weitergeführt werden können. Es gilt dabei die allgemeine Regel, dass ein einmal erreichter Deckungsgrad nicht mehr unterschritten werden darf, das heisst, dass im Falle einer Unterschreitung automatisch Sanierungsmassnahmen ergriffen werden müssen. Das Ziel der Vollkapitalisierung und damit eine Angleichung an die privatrechtlichen VE soll weiterhin gefördert werden. Eine Frist bis zur vollen Kapitaldeckung wird aber nicht vorgeschrieben.

Es wird davon ausgegangen, dass VE mit einem Kapitaldeckungsgrad von über 90% (12 von 37 Kassen in Unterdeckung) sich in der Regel für das Ziel einer Vollkapitalisierung entscheiden. Für alle Kassen, die sich für die Vollkapitalisierung entscheiden (darunter können natürlich auch Kassen mit einem Deckungsgrad unter 90% sein) muss die Dauer einer Übergangsphase bestimmt werden. Den Aufsichtsbehörden wird ein Plan mit den entsprechenden Massnahmen (Finanzierung, Verteilung der zusätzlichen finanziellen Lasten usw.) unterbreitet.

Für alle anderen Fälle, die im System der Teilkapitalisierung und damit der Mischfinanzierung weiter geführt werden sollen, muss ein differenzierter Zieldeckungsgrad festgelegt werden. Auch in diesem Fall muss der Aufsichtsbehörde ein detaillierter Finanzierungsplan (inkl. der verbindlichen Regelung der öffentlich-rechtlichen Garantien für die Unterdeckung) vorgelegt werden. Wenn die entsprechenden Bestimmungen in Kraft treten, bestimmt jede öffentlich-rechtliche Vorsorgeeinrichtung den Gesamtdeckungsgrad sowie den Deckungsgrad der zu diesem Zeitpunkt feststehenden erwerbstätigen Versicherten, wobei zuerst die Rentenverpflichtungen zu 100% gedeckt sein müssen. Letzteres birgt den Vorteil, dass bei einer demografischen Alterung die Rentenverpflichtungen immer gedeckt sind. Beide Ausgangsdeckungsgrade dürfen in der Folge nicht mehr unterschritten werden.

Vorteile: Dieses Modell führt zu einer finanziellen Stabilisierung einerseits und erhöht den Anreiz hin zu einer vollen Ausfinanzierung andererseits. Gleichzeitig wird der unterschiedlichen Ausgangslage bei den öffentlich-rechtlichen VE wie auch der unterschiedlichen finanziellen Spielräume der öffentlichen Hand Rechnung getragen.

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

Untervariante:

A.1 Sind Sie der Meinung, dass für öffentlich-rechtliche VE mit einer besonders hohen Unterdeckung Sonderregelungen getroffen werden sollten?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

Untervariante:

A. 2 Sollen bei VE mit Teilkapitalisierung Überschüsse – speziell in sehr ertragsreichen Jahren – nach der Speisung der notwendigen Rückstellungen (Schwankungsreserven u.a.) zwingend dem Deckungskapital zugewiesen werden, dies verbunden mit einer entsprechenden Erhöhung des Zieldeckungsgrades?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:

B. Haben Sie im Zusammenhang mit den Gesetzgebungsvorschlägen des Bundesrates weitere Bemerkungen?

ja

nein

keine Antwort

Bemerkungen:



Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

**Fragen zur internetbasierten Durchführung des Vernehmlassungsverfahrens**

*Sie haben sich gegen die Beantwortung der gestellten Fragen auf der zu diesem Zweck zur Verfügung gestellten Webseite des BSV entschieden. Um Ihre diesbezüglichen Entscheidungsgründe besser verstehen zu können, bitten wir Sie, uns auch die nachfolgenden Fragen zu beantworten.*

**1. Sind Sie aus grundsätzlichen Überlegungen gegen die in diesem Fall gewählte Form der Vernehmlassung?**

ja

nein

**2. Sofern Sie keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine internetbasierte Beantwortung von Vernehmlassungsfragen haben - welche Anforderungen müssten erfüllt sein, damit Sie diese Form der Durchführung einer Vernehmlassung unterstützen würden?**

Anregungen:



Berne, le 12 octobre 2007 / GH

Monsieur le Conseiller fédéral  
Pascal COUCHEPIN  
p.a. Office fédéral des assurances sociales  
domaine Prévoyance vieillesse et invalidité  
Effingerstrasse 20  
3003 Berne

**RÉPONSE À LA CONSULTATION SUR LA MODIFICATION DE LA LPP CONCERNANT LE  
"FINANCEMENT DES INSTITUTIONS DE PREVOYANCE DE DROIT  
PUBLIC"**

Monsieur le Conseiller fédéral,

Permettez-nous tout d'abord de vous remercier d'avoir consulté le Conseil suisse des aînés au sujet de cet important projet de modification de la Loi sur la Prévoyance professionnelle. Il a retenu toute notre attention. Nous vous livrons ci-dessous un résumé de notre analyse et notre prise de position, car, pour des raisons évidentes de cohérence avec celle-ci, il ne nous était pas possible de répondre au questionnaire.

**1. Prise de position globale**

Au cours de son analyse, le CSA a examiné la question primordiale et fondamentale qui conditionne toute la consultation et est posée tout au début du questionnaire :

*"Soutenez-vous le **principe** consistant à aligner les conditions-cadre des institutions de prévoyance de droit public ( ci-après IPDP ) sur celles des institutions de droit privé ?"*

**Le CSA répond NON à cette question . Le CSA refuse donc le projet présenté.**

**Motifs :**

Le projet est motivé par l'application d'un "principe". Il renonce en grande partie à justifier ce principe par un examen comparatif explicite de l'adéquation au fonctionnement des IPDP de la capitalisation partielle et de la capitalisation complète, et de la nécessité de l'alignement des IPDP sur les IP de droit privé. Pour le projet, cette adéquation et cette nécessité de la capitalisation

complète pour les IPDP découlent ainsi d'un " principe " ayant pratiquement un caractère d'évidence naturelle. Cela court-circuite une vraie analyse de la question et nuit à la qualité du projet. De plus, le CSA n'est pas en faveur de ce principe car l'alignement qu'il implique ne lui paraît pas avoir l'évidence "naturelle" que le projet voudrait lui donner. Ce principe ne tient en effet pas compte de la réalité et de la pérennité des IPDP de droit public découlant du maintien de services publics de qualité où l'on éviterait des externalisations et des liquidations partielles.

### **Conséquences**

Ce refus du projet implique la mise en question par le CSA de plusieurs nouveaux articles.

Notamment les suivants :

- art. 65, al.2 et 2a ( principes du bilan en caisse fermée des IPDP et de leur capitalisation totale );
- art. 72a , al. 1 ( plan de financement permettant le passage d'une IPDP de la capitalisation partielle à la capitalisation complète )

## **2. OUI à certaines conditions-cadres pour les IPDP en capitalisation partielle**

Le CSA a néanmoins pris position sur certains points particuliers du projet. Malgré son refus global de celui-ci et de ses objectifs, le CSA tient en effet notamment à soutenir quelques unes des conditions-cadres pour les IPDP en capitalisation partielle, contenues dans le projet et que le CSA estime justifiées.

### **(a) Degré de couverture des engagements envers les ayants droit aux rentes**

Le CSA demande aussi que ce degré soit en permanence de 100% ( *nouvel art. 72/1/a* )

### **(b) Degré de couverture pour les engagements globaux et envers les assurés**

Le CSA demande aussi que les degrés de départ soient maintenus à long terme ( *nouvel art. 72/1/b* )

### **(c) Compétences d'une IPDP et de sa corporation de droit public**

le CSA pense que la séparation de leurs compétences réciproques dans l'établissement des dispositions réglementaires de l'IPDP doit être clairement réalisée : la corporation de droit public ne doit plus intervenir dans certains problèmes de l'IP ( organisation, contrôle, rapports avec assurés et ayants droit ) mais peut édicter des prescriptions relatives aux prestations, à l'administration et au financement ( *nouvel art. 50/2 et ancien art. 50/1/a et c* )

### **(d) Rapport du Conseil fédéral sur les IPDP**

Le CSA considère que le Conseil fédéral doit fournir un rapport sur les IPDP tous les **10 ans** ( *nouvel article 72f* )

### **(e) Cotisation d'une IPDP au Fonds de garantie**

Le CSA estime que les IPDP doivent continuer à payer des cotisations au Fonds de garantie.

### **3. Variante principale de la CSSS-N et de la Commission d'experts**

Le CSA constate que cette variante rejoint certaines de ses propres préoccupations, malgré qu'elle admette encore le principe contesté par le CSA de l'alignement total, même si c'est sans date butoir, des IPDP à capitalisation partielle sur celles à capitalisation complète.

En vous remerciant de l'attention que vous voudrez bien apporter à notre réponse, nous vous prions d'accepter, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre parfaite considération.

Au nom du

#### **Conseil suisse des aînés**



**Klara Reber**  
co-présidente



**Christiane Jaquet-Berger**  
co-présidente

Eidg. Departement des Innern EDI  
Herr Bundesrat Pascal Couchepin

3003 Bern

Bern, 25. Oktober 2007

## **Stellungnahme der FMH zur Finanzierung öffentlich-rechtlicher Vorsorgeeinrichtungen**

Sehr geehrter Herr Bundesrat Couchepin

Vorweg möchten wir uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme in obgenannter Angelegenheit bestens bedanken. Ein erheblicher Teil unserer Mitglieder arbeitet in öffentlich rechtlichen Spitälern und ist betreffend BVG einer öffentlich rechtlichen Vorsorgeeinrichtung angeschlossen. Aufgrund der eher „finanztechnischen“ Materie beschränken wir uns in der vorliegenden Stellungnahme auf grundsätzliche Anliegen. Deshalb erlauben wir uns, Ihnen die Stellungnahme in schriftlicher Form zukommen zu lassen. Nichts desto trotz stehen wir aber der Idee einer internetbasierten Stellungnahme anhand eines Fragekataloges offen gegenüber.

### **Ursachen beim Gemeinwesen**

Der erläuternde Bericht des Bundesrates zur Vernehmlassungsvorlage (nachfolgend „Bericht“) weist unter Ziff. 2 die aktuelle finanzielle Situation der öffentlich rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen bzw. konkret die erhebliche **Unterdeckung** eines Teils dieser Vorsorgeeinrichtungen als ein **Hauptproblem** aus.

Unter Ziff. 2.2.2 des Berichts werden die **Ursachen der Fehlbeträge** aufgeführt. Die Auflistung zeigt deutlich, dass die Verantwortung für die Fehlbeträge fast ausschliesslich bei der entsprechenden öffentlich rechtlichen Körperschaft liegt:

- bewusste Wahl einer Mischfinanzierung
- nichtbezahlte Arbeitgeberbeiträge bei Erhöhung des versicherten Verdienstes
- überdurchschnittlicher Anteil an Invaliditätsleistungen wegen umfassendem Invaliditätsbegriff in der Verwaltung
- ungenügend finanzierte Leistungsversprechen
- Anlageverluste wegen politischer Beeinflussung

Die öffentlich rechtliche Körperschaft ist insbesondere auch dort verantwortlich, wo beispielsweise auf Nachfinanzierungsbeiträge der Versicherten verzichtet worden ist oder wo gegenüber Versicherten (zu) grosse Leistungsversprechen gemacht worden sind. Die begünstigten Versicherten tragen hier nicht etwa eine Mitschuld. Für sie waren diese Vorteile Bestandteil des Leistungspakets ihres Arbeitgebers. Man hätte stattdessen auch den Lohn erhöhen können.

### **Massnahmen bei den ArbeitnehmerInnen**

Demgegenüber würden die **Massnahmen**, mit welchen das Gleichgewicht wieder hergestellt werden soll (vgl. Ziff. 5.2.5 des Berichts), zu einem grossen Teil zulasten der ArbeitnehmerInnen gehen (sowohl der aktuell Beitragsleistenden als auch der Prämienbezüger):

- Anpassung des ordentlichen Beitrages
- Einschränkung der Teuerungsanpassung der laufenden Renten
- Abbau des Leistungsniveaus durch
  - # Einschränkung der Bedingungen für die Pensionierung und die vorzeitige Pensionierung
  - # Kürzung der Rentenleistung
  - # Kürzung der Hinterlassenen- und/oder Invaliditätsleistungen
  - # Festlegung der Leistungen anhand des Durchschnitts der versicherten Verdienste in den letzten Jahren (im Leistungsprimat)
  - # Senken der Sparzinsen im Beitragsprimat
  - # Vorsehen von Beitragsnachforderungen (Einkäufe) bei einer Lohnerhöhung (im Leistungsprimat)
- Einführung eines zeitlich befristeten Sanierungsbeitrages

### **= Lohnkürzung**

Es scheint, dass die finanziellen Lücken, welche gemäss dem Bericht von der entsprechenden öffentlich rechtlichen Körperschaft zu verantworten sind, nun zu einem erheblichen Teil durch Leistungseinbussen und Beitragserhöhungen der ArbeitnehmerInnen ausgeglichen werden sollen. Die BVG-Leistungen gehören für die ArbeitnehmerInnen zu den wichtigen Leistungen des Arbeitgebers. Sie sind mithin Bestandteil des „Lohnpakets“. Sowohl die Erhöhung der Beiträge als auch die Kürzung von Leistungen stellt damit für die betroffenen ArbeitnehmerInnen faktisch eine **Lohneinbusse** dar. Es gilt klar festzuhalten, dass bei der Wahl des Arbeitgebers regelmässig die Abwägung gemacht wurde, höherer Lohn und tiefere Pensionskassenleistung (tendenziell bei privaten Arbeitgebern) oder tieferer Lohn und höhere Pensionskassenleistung (tendenziell bei öffentlichen Arbeitgebern). Der Lohn ist ein zentraler Bestandteil des Arbeitsvertrages und die vertraglichen Zusicherungen sind zu respektieren (pacta sunt servanda). Den geplanten Lohnkürzungen können wir als Vertreterin der betroffenen Ärztinnen und Ärzte nicht zustimmen.

→ **Eine Ausfinanzierung der öffentlich rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen darf nicht zulasten der ArbeitnehmerInnen geschehen.**

Das verantwortliche Gemeinwesen muss hier für allfällige Ausstände sowie für die genannten Unterlassungen und Verfehlungen der Vergangenheit gerade stehen und die fehlenden Mittel einschiessen. Angesichts der teilweise erheblichen Unterdeckung ist fraglich, ob eine volle Ausfinanzierung innert 30 Jahren - ohne Einbussen der Versicherten - möglich ist. Hier dürfte

die Einteilung der Vorsorgeeinrichtungen in Kategorien (nach Grad der Unterdeckung) und das Setzen von Teilzielen je Kategorie für eine verträgliche Umsetzung unumgänglich sein.

Selbst wenn die öffentlich rechtliche Körperschaft die Ausfinanzierung vollständig übernimmt, ist damit „nur“ der Status Quo bereinigt. Zusätzlich muss aber sichergestellt werden, dass die Vorsorgeeinrichtung auch in Zukunft ein Finanzierungsgleichgewicht aufweist. Auch hier ist sicher zu stellen, dass allfällige Anpassungen nicht einfach „auf dem Buckel“ der ArbeitgeberInnen erfolgen.

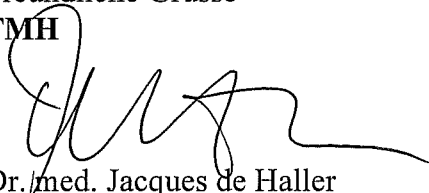
**Fazit**

In diesem Sinne scheint uns eine Anpassung der rechtlichen (z.B. Unabhängigkeit des obersten Organs der Vorsorgeeinrichtung) sowie der finanziellen (Ausfinanzierung ev. mit Teilzielen) Bedingungen bei den öffentlich rechtlichen Vorsorgeeinrichtungen im Grundsatz richtig. Die finanziellen Bedingungen der Vorsorgeeinrichtungen dürfen aber nicht zulasten der ArbeitnehmerInnen korrigiert werden. Ihre Interessen und Lohnansprüche (im weiteren Sinn) sind in jedem Fall zu wahren.

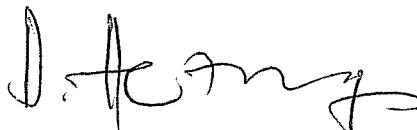
Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

**FMH**



Dr./med. Jacques de Haller  
Präsident



Daniel Herzog, lic.iur., M.H.A.  
Generalsekretär